

# Wahlprüfsteine

Bezirksversammlungenwahlen 2024



# Inhalt

## 4 Vorwort

## 7 Sozialen Zusammenhalt stärken und zukunftssicher gestalten

- Armut verhindern – Armut bekämpfen – sozialer Spaltung entgegenwirken
- Benachteiligte Stadtteile voranbringen – Spaltung in arm und reich verhindern
- Kommunale Demokratie durch verstärkte Bürger:innenbeteiligung weiterentwickeln
- Ausnahmslose Gleichberechtigung von Frauen
- Jegliche Diskriminierung wegen sexueller Identität, geschlechtlicher Herkunft, Nationalität oder Hautfarbe abschaffen
- Inklusion und Barrierefreiheit als Normalität und Mehrwert für alle ansehen

## 16 Angebots- und kund:innenorientierte Verwaltung etablieren

- Situation in Bezirksämtern verbessern, Angebote sichern und qualitäts- wie bedarfsorientiert weiterentwickeln
- Bürger:innennahe Arbeit der Ämter in den Bezirken sichern und ausbauen – Probleme lösen statt verwalten und Anträge einfach gestalten
- In die Zukunft investieren – Kinder- und Jugendhilfe stärken
- Allgemeinen Sozialen Dienst und Hilfen zur Erziehung als wichtige Stütze für Familien und Kinder fördern



- Sozialeinrichtungen in den Bezirken verlässlich finanzieren
- Soziale Hilfen und Beratung attraktiver gestalten und ausbauen
- Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen



## 28 Stadtteile und Quartiersstrukturen bedarfsgerecht ausbauen

- Moderne Stadtplanung muss veränderte Altersstrukturen und alle Aspekte der Barrierefreiheit berücksichtigen
- Sozialzentren, Altenhilfe, Senior:innenberatung und -mitwirkung als Bausteine „alternder“ Bezirke
- Gesundheitspolitik in den Bezirken bürger:innennah gestalten und niedrigschwellige Angebote fördern
- Bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht stärken
- Bezirke auf notwendige Energiewende und veränderte Klimapolitik vorbereiten
- (Notfall-)Pläne für extreme Wetterlagen – sowohl für Hitze als auch für Kälte – aufstellen



## 38 Digitalisierung sicher, sozial und für alle zugänglich gestalten

## 41 Mobilität und öffentlichen Nahverkehr sozial gestalten und alle Stadtteile anbinden

## 44 Sozialen Wohnungsbau vorantreiben und mehr bezahlbaren Wohnraum bereitstellen



# Vorwort



Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft und eine gestaltende Kraft in Hamburg. Mit rund 26.000 Mitgliedern sind wir der größte und leistungsstärkste Sozialverband in der Hansestadt und der größte Stadtverband im SoVD. Wir verstehen uns insbesondere als Sprachrohr für alle benachteiligten Menschen.

Mit unseren Wahlprüfsteinen werden wir uns stärker als bisher einmischen und die Politik auffordern, unsere Forderungen zu unterstützen und umzusetzen.

Wir setzen uns ein gegen Armut und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft. Dies ist auch eine öffentliche Aufgabe und daran werden wir erinnern. Die öffentliche Verwaltung muss sich zeitnah um Problemlösungen im Sinne der Bürger:innen kümmern.

Unser Leitbild ist die gesicherte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Wir setzen uns für eine solidarische Ordnung ein, die Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat.

Unsere Wahlprüfsteine beschreiben Forderungen und Positionen, die in die Programmatiken der Parteien und in das Handeln der Bezirksfraktionen und -verwaltungen einfließen sollen. Mit unserer Arbeit und mit dieser Veröffentlichung verbinden wir die Absicht, soziales und am Gemeinwohl orientiertes Denken und Handeln – für die Menschen in unserer Stadt – zum Maßstab politischen Tuns werden zu lassen. Den dafür notwendigen gesellschaftlichen Grundkonsens wollen wir auch auf der Bezirksebene anstoßen und festigen.

Dem SoVD Hamburg ist bewusst, dass es in der Hansestadt keine scharfe Trennung zwischen den Entscheidungen der Bürgerschaft und den Bezirks-

parlamenten gibt. Dies liegt am Konstrukt der Gemeinde. In Hamburg sind die Aufgaben von Kommune und Land nicht voneinander getrennt. Wahlen sind immer Richtungsentscheidungen und haben Bestand für fünf Jahre. Deshalb ist es besonders wichtig, sich zu beteiligen.

Mit unseren Wahlprüfsteinen möchten wir unseren rund 26.000 Mitgliedern, wie auch allen anderen Bürger:innen der Freien und Hansestadt Hamburg, dabei helfen, eine wohlabgewogene Entscheidung treffen zu können. Wir möchten Orientierung geben und einen Leitfaden für das Gespräch mit den Kandidierenden vor Ort zur Verfügung stellen. Wir empfehlen ganz bewusst, die Wahlentscheidung von sozialen Themen abhängig zu machen.

Auch in Zeiten, in denen Steuereinnahmen geringer ausfallen, darf der Sozialetat nicht gekürzt werden – das Gegenteil muss der Fall sein. Denn der Bedarf ist hoch. Die Stabilität unseres Gemeinwesens hängt auch von den Teilhabechancen der Menschen ab.

Neuwahlen in Hamburg sind immer eine neue Chance für eine Politik, die an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet ist! In diesem Sinne verstehen sich unsere Wahlprüfsteine auch als Diskussionsangebot an die Politik und alle anderen gesellschaftlichen Kräfte.

Um unsere Ziele verwirklichen zu können, wünschen wir uns, dass ganz viele Menschen den Weg zu uns finden. Denn nur ein mitglieder- und finanzstarker Sozialverband SoVD in Hamburg wird gehört. Unsere Sozialrechtsberatung und -vertretung sowie sämtliche weitere Vorteile unserer Solidargemeinschaft stehen dabei allen Mitgliedern gleichermaßen offen.



**Ihr Klaus Wicher**

1. Landesvorsitzender



**Sozialen Zusammenhalt  
stärken und zukunfts-  
sicher gestalten**

## **Armut verhindern – Armut bekämpfen – sozialer Spaltung entgegenwirken**

Fast 397.000 Hamburger:innen sind armutsgefährdet oder leben in Armut. Das entspricht etwa einem Fünftel der Bevölkerung. Eine bestehende Grauzone (von ca. 60 Prozent) ist dabei nicht mit einbezogen. Mehr als 237.000 Menschen waren Ende 2018 in Hamburg teilweise oder vollständig auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen. Die Stadt und insbesondere die Bezirke brauchen eine Politik, die wirksamer darauf hinwirkt, Armut und soziale Spaltung zu bekämpfen.

Mit Armut ist neben dem geringen Einkommen die fehlende Teilhabe an sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten (wie z. B. Theater- oder Kinobesuch, Klassenfahrten, Internet-, Computer- oder Smartphone-Nutzung) als Folge fehlender finanziellen Ressourcen, gemeint.

Neben einem auskömmlichen Einkommen ist die Schaffung und Erweiterung von kostenfreier Infrastruktur, die von den Bürger:innen mitgestaltet wird, Ausdruck für einen entwickelten Sozialstaat. Hier fehlt es an ausreichenden Aktivitäten der Bezirksversammlungen.

Ein Blick auf die Armutsgefährdungsentwicklung zeigt über alle Bevölkerungsgruppen hinweg, dass keine Besserung eingetreten ist. Im Gegenteil: In allen Gruppen sind deutliche Anstiege zu verzeichnen. Zu den armen und armutsgefährdeten Personengruppen in Hamburg gehören nicht nur ältere und alte Menschen, sondern vor allem auch Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende mit Kindern, Familien mit mehreren Kindern und Langzeitarbeitslose.

**Wir fordern, dass die Politik gerade in den Bezirken der Förderung sozialer Teilhabe und der Verhinderung von Armut einen merklich größeren Stellenwert einräumt** und dabei die Bürger:innen und die Zivilgesellschaft in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation eines Hamburger Aktionsplans gegen Armut aktiv einbindet.

**Wir fordern ein landesweites, ressort- und behördenübergreifendes Maßnahmenkonzept gegen Armut und soziale Spaltung.** Es bedarf effektiver Maßnahmen, um finanzielle Engpässe abzufedern und Teilhabe zu ermöglichen. Diese Maßnahmen

sind gemeinsam mit den relevanten sozialpolitischen Akteur:innen der Stadt zu diskutieren, zu entwickeln und umzusetzen.

**Wir fordern einen Aktionsplan gegen Armut – auch in jedem Hamburger Bezirk.**

Betroffene erleben mit großer Härte, was es bedeutet, wenn die Mittel für das Nötigste nicht reichen. Es gilt, Lösungen zu finden, die allen Bürger:innen gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabechancen ermöglichen.

**Wir fordern die Bezirke auf, sich dafür einzusetzen, die im Bürgergeld verankerten Integrationsleistungen bestmöglich zu gestalten.**

Dazu gehören ausreichend Personal, der Aufbau von wirksamen Instrumenten und eine auf die Menschen bezogene Integrationsleistung.

**Wir fordern eine Teilhabekarte,** die finanziell Bedürftigen kostenlosen Zugang zu Kultur-, Freizeit- sowie Sportangeboten verschafft und die Förderung stadtteilbezogener Kulturarbeit.

**Wir fordern einen Freifahrtschein,** der Bedürftigen die kostenlose Nutzung des ÖPNV ermöglicht.



## **Benachteiligte Stadtteile voranbringen – Spaltung in arm und reich verhindern**

Ein lebendiger Stadtteil hat eine einladende Einkaufs- und Erholungsstruktur sowie soziale Einrichtungen, zentrale Quartierstreffpunkte und öffentliche Angebote, um den Belangen der Bewohner:innen vor Ort gerecht zu werden.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau sind wesentliche Elemente, um Armut zu bekämpfen. Vor allem geht es dabei um die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Denn alle müssen die gleichen Chancen auf ein gutes, menschenwürdiges Leben haben. Zentrale Voraussetzung dafür ist die Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt sowie die Schaffung und Förderung von Teilhabe.

Es muss genügend Raum dafür da sein, dass sich Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur friedlich begegnen und austauschen können. Insbesondere geflüchtete Menschen müssen in die Stadtteile aufgenommen und integriert werden. Die Segregation, also die räumliche Trennung von Wohngebieten in Gebiete mit einkommensschwachen und einkommensstarken Gruppen, nimmt zu. Zum Teil berühren sich reiche und arme Stadtteile und die dort lebenden Menschen gar nicht mehr. Dies hat zur Folge, dass sich Prozesse der Endsolidarisierung verstärken und damit eben auch ungleiche Lebenschancen – soziale Probleme nehmen zu.

Das ungleiche medizinische Versorgungsangebot und damit die Benachteiligung der Menschen vor Ort geht einher mit der sozioökonomischen Lage in den unterversorgten Stadtteilen: Unterdurchschnittliche Einkommen, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, hohe Kinder- und Altersarmut sind kennzeichnend. Dies wirkt sich unstrittig negativ auf den Gesundheitszustand der Betroffenen aus.

Hohe Mieten führen zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Vor allem aber in Bürger:innen, die mehr und mehr für ihre Miete – auch in weniger guten Wohnlagen – ausgeben müssen und diejenigen, die sich teurere Wohnlagen leisten können.

**Wir fordern die Bezirke auf, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass Armut und**

**soziale Spaltung** bekämpft wird. Es geht darum, den sozialen Zusammenhalt und die Integration zu stärken – und Teilhabe sowie Chancengleichheit für alle zu gewährleisten.

**Wir fordern dazu auf, das Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) fortzuführen und weiterzuentwickeln.** Die Lebensqualität in Quartieren mit einem besonderen Entwicklungsbedarf muss verbessert und städtebaulich aufgewertet werden. Es sollen attraktive Quartiere zum Leben, Wohnen und Arbeiten, Lernen und Einkaufen entstehen – damit sozialer Ausgleich, Zusammenhalt und die Chance auf Teilhabe für alle erreicht werden.

**Wir fordern alle Beteiligten – einschließlich aller sozialen Verbände – zur Zusammenarbeit auf.** Zielsetzung dieses Zusammenwirkens muss sein, eine Mittelbündelung auf den Gebieten der Integrierten Stadtteilentwicklung zu erreichen und letztlich eine Segregation und ein Gegeneinander einzelner Stadtteile und Bezirke zu verhindern.

**Wir fordern, die bestehenden Ungleichgewichte in der medizinischen Versorgung, im Rahmen einer sozialräumlichen Planung, zu beseitigen.** Die Gesundheitskompetenz der Menschen ist zu stärken und gesundheitsfördernde, präventive (auch Beratungs-)Angebote auszubauen. Wasserzapfsäulen auf öffentlichen Plätzen sind angesichts des Klimawandels unverzichtbar.

## **Kommunale Demokratie durch verstärkte Bürger:innenbeteiligung weiterentwickeln**

Im Zuge des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) konnten in den Bezirken positive Erfahrungen mit neuen Formen der Bürger:innenbeteiligung gesammelt werden.

Insbesondere die Stadtteilbeiräte haben sich vielerorts bewährt, wenn sie ehrenamtliches Engagement und professionelle Kompetenz im Stadtteil erfolgreich miteinander ins Gespräch bringen konnten. Sie sind jedoch ohne die städtebaupolitische Förderkulisse des RISE nicht aufrecht zu erhalten.

In vielen Bereichen hat sich das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz (HmbSenMitwG) bewährt und zu einem Instrument der Einflussnahme entwickelt. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Bezirks-Seniorenbeiräte (BSB) und die Seniorendelegiertenversammlungen in den Bezirken.

**Wir fordern, die Ziele und Aufgaben einer integrierten sozialen Stadtteilentwicklung weiterzuverfolgen und in allen Bezirken auszubauen.** Erforderlich ist eine Mischung aus Bürger:innentreffs und Quartierszentren, öffentlichen Angeboten der Freizeitgestaltung, Bildung und Beratung wie auch privatwirtschaftlichen Kinos und Cafés. Gleichzeitig sind Stadtteilbeiräte zu verstetigen und weiterzuentwickeln.

**Wir fordern, dass die Bezirke bzw. die Bezirksversammlungen in die Lage versetzt werden, Stadtteilbeiräte auch in eigener Zuständigkeit einzusetzen.** Den Stadtteilbeiräten sollte dabei auch eine stärkere Mitwirkung in Form eines eigenen Antragsrechts in den Bezirksversammlungen gewährt werden. Damit könnte nicht nur eine wichtige Weiterentwicklung kommunaler Demokratie ermöglicht werden, sondern es würde ein wesentlicher sozialpolitischer Impuls zur sozialräumlichen Gestaltung der Stadtteile gesetzt.

**Wir fordern, dass die erfolgreiche Arbeit bestehender Stadtteilbeiräte nicht gefährdet wird** durch Stellenstreichungen der bezirklichen Gebietskoordinatoren oder eine mangelhafte finanzielle Ausstattung. Im Gegenteil: Die erfolgreiche Arbeit der Stadtteilbeiräte muss weiter ausgebaut werden.

**Wir fordern die Bezirksversammlungen auf, darauf hinzuwirken, dass die Bezirks-Seniorenbeiräte mehr Einflussmöglichkeiten erhalten** durch eigene Mitarbeiter:innen, einen ausreichenden Etat und Antragsrechte in den bezirklichen Gremien.

**Wir fordern, das große Senior:innen-Organisationen Pflichtplätze in den Seniorenbeiräten erhalten.** Dies würde deren Mitwirkungsrechte stärken und dazu führen, dass wesentliche Positionen aus den Institutionen in die Arbeit des Gremiums einfließen könnten.

## Ausnahmslose Gleichberechtigung von Frauen

Wir dürfen nicht verkennen, dass nach wie vor alleinerziehende Frauen und ihre Kinder erheblich armutsgefährdet sind. Zudem haben die Frauen oft geringere Einkommen und in der Folge geringere Renten. Frauen sind potenziell häuslicher Gewalt ausgesetzt und auch im Internet verstärkt Zielscheibe von Cyber-Mobbing. Leider muss festgestellt werden, dass die bestehenden Frauenhäuser und auch Präventionsmaßnahmen, weiterhin und teilweise sogar verstärkt, benötigt werden. Frauen haben aufgrund der Mehrfachbelastungen von Haushaltsführung, Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen und Erwerbsarbeit weniger Freizeit. Hierfür muss in allen Politikfeldern, also auch in den Bezirksversammlungen, die Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema verankert werden.

**Wir fordern eine paritätische Beteiligung an politischen Ämtern.** Mitbestimmung von Frauen muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens selbstverständlich sein – auch und gerade in den Bezirksversammlungen.

**Wir fordern, Frauen durch Prävention, Aufklärung, konsequenten Opferschutz und Strafverfolgung vor Gewalt zu schützen.** Zwei Jahre nach Inkrafttreten der sogenannten Istanbul-Konvention gibt es in Hamburg bei der Umsetzung noch immer konkreten Handlungsbedarf. Das Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ muss dabei intensiv und vor allem auch personell unterstützt werden.

**Wir fordern mehr barrierefreie Beratungsangebote für Frauen mit psychischen**



**Erkrankungen oder Behinderung.** Beratungs- und Hilfsangebote sollten weiterentwickelt und Anlaufstellen sowie die ärztliche Versorgung ausgebaut werden. In den Frauenhäusern müssen bedarfsgerecht weitere Plätze geschaffen und auch zusätzliche barrierefreie Schutzeinrichtungen aufgebaut werden. Es bedarf mehr würdenschützender Unterkünfte für obdach- und wohnungslose Frauen sowie mehr spezifische, barrierefreie Wohnformen für Frauen mit Suchtproblemen oder psychiatrischen Diagnosen.

**Wir fordern eine Armutspolitik – auch in den Bezirken – die sich verstärkt auf die besonderen Aspekte von Frauenarmut fokussiert.** Gerade für ältere Frauen und Frauen mit Kindern müssen verstärkt Zukunftsperspektiven entwickelt werden.

## **Jegliche Diskriminierung wegen sexueller Identität, geschlechtlicher Herkunft, Nationalität oder Hautfarbe abschaffen**

Unsere Gesellschaft ist vielfältiger, bunter und offener geworden. Es zeigt sich insbesondere vor Ort, im Zusammenleben der Menschen im Quartier und in den Bezirken, dass die Toleranz füreinander wächst und Diskriminierungen, im Besonderen wegen geschlechtlicher Herkunft oder sexueller Identität, weniger geworden sind. Das gleiche gilt für Nationalität oder Hautfarbe.

**Wir fordern gleiche Rechte und Respekt für LSBTIQ\*-Personen.** Politik und Öffentlichkeit müssen sensibilisiert werden, damit wir alle in Vielfalt, frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt, leben können. In unserer Gesellschaft greifen immer noch alte Denkmuster gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*, inter\*, nicht-binären und queeren (LSBTIQ\*)Menschen. Deswegen sind sexuelle und geschlechtliche Differenzen anzuerkennen und Rechte zu stärken.

**Wir fordern Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensphasen.** Die Bezirke sollten Vorreiter werden und aktiv Strategien und Maßnahmen verfolgen, um Frauen, Männer und Menschen mit nicht-binärer Geschlechtsidentität gleichzustellen.

**Wir fordern ein Anrecht auf Übersetzung in die Heimatsprache.** Auch Geflüchtete und Migrant:innen haben ein Anrecht auf kommunikative Teilhabe.

## **Inklusion und Barrierefreiheit als Normalität und Mehrwert für alle ansehen**

Ob körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen: immer noch werden Betroffene von Nichtbehinderten als anders empfunden. Nicht selten dominiert die jeweilige Einschränkung die Wahrnehmung von außen. Vieles hat sich gebessert, dennoch stoßen Menschen mit Behinderung im Alltag schnell an Grenzen. Rollstuhlfahrende beispielsweise scheitern beim Einsteigen in Busse oder Bahnen, wenn es keine Einstiegshilfen gibt, der Aufzug außer Betrieb ist oder sie von anderen übersehen werden. Und auch der Einlass in Banken oder Arztpraxen bleibt ihnen verwehrt, wenn Räume nicht barrierefrei zugänglich sind. Ebenso müssen öffentliche Toiletten uneingeschränkt nutzbar und auffindbar sein – nicht zuletzt durch eine bessere Ausschilderung.

Der Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist auf einem guten Weg. Dieser muss fortgeführt und für den privaten Bereich verstärkt eingefordert werden. Barrieren abzubauen sollte sowohl in der Privatwirtschaft als auch im persönlichen Bereich eine Selbstverständlichkeit sein.

**Wir fordern den Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ auf allen Ebenen ein.** Menschen mit Behinderung müssen als gleichberechtigte, selbstbestimmte Personen wertgeschätzt und aktiv einbezogen werden. Voraussetzung dafür sind uneingeschränkte Teilhabechancen in allen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens.

**Wir fordern barrierefreie Kommunikation.** In allen Bereichen des öffentlichen Lebens müssen Inhalte in einfacher oder leichter Sprache grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden. Zumindest bei Bedarf ist Gebärdensprache oder Schriftübersetzung anzubieten. Die Finanzierung muss durch die öffentliche Hand erfolgen.

**Wir fordern Wahlen ohne Barrieren.** Das individuelle Wahlrecht ausüben zu können, ist politisches Grundrecht in einer Demokratie.

**Wir fordern barrierefreie Zugänge** zu Dienstleistungen, Produkten, Gebäuden, Medien, Kommunikation und Veranstaltungen. Inklusion muss ein Miteinander sein, niemand darf ausgeschlossen werden.

**Wir fordern eine inklusive kommunale Politik, die alle Menschen ernst nimmt und ihre vielfältigen Belange bei der – sozialen – Nahraumversorgung in den Fokus rückt.** Inklusion als gelebte Normalität, ist eine Chance für alle Bürger:innen auf ortsnahe Daseinsvorsorge und ein sozialeres Lebensumfeld.

**Wir fordern den Aufbau eines engmaschigen Netzes kooperierender sozialer Einrichtungen in den Stadtteilen.** Die Bezirke müssen hier aktiv werden und die notwendigen Mittel bereitstellen.

**Wir fordern eine gut ausgestattete, aufsuchende Stadtteilsozialarbeit,** die den Menschen unmittelbar zur Seite steht und sie in ihrem direkten Lebensumfeld unterstützt. Nicht alle Unterstützungsbedürftigen können oder wollen Zentren aufsuchen.

**Wir fordern einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung.** Die medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderung muss sichergestellt sein, bestehende Informations- und Kommunikationsbarrieren müssen abgebaut und Praxen rollstuhl- und behindertengerecht eingerichtet werden.





**Angebots- und kund:innen-orientierte Verwaltung etablieren**

## **Situation in Bezirksämtern verbessern, Angebote sichern und qualitäts- wie bedarfsorientiert weiterentwickeln**

In den Bezirksämtern gibt es derzeit ca. 7.000 Beschäftigte, die für fast 2 Millionen Bürger:innen zuständig sind. Die Arbeit der Bezirke ist vielseitig, aber sehr stark von den Entscheidungen der Fachbehörden oder anderweitig gesetzlich festgelegten Aufgaben abhängig. Neben internen Anforderungen, die es zu bewältigen gilt, sind sie insbesondere für die Umsetzung sozialer Angebote und für die Stadtentwicklung zuständig. Die Situation der Bezirke ist jedoch seit Jahrzehnten gezeichnet durch Mangel, Entkommunalisierung und Zentralisierung in die Fachbehörden. Regionale Belange spielen mittlerweile nur noch eine untergeordnete Rolle. Reduzierte, zentralisierte Angebote verkleinern Spielräume und Möglichkeiten der Entwicklung.

Eine bürger:innennahe, zukunfts feste und moderne Bezirksverwaltung bedarf einer sicheren Basis mit eigenständigen Entscheidungsrechten und auskömmlichen Etats – als Grundlage für gute demokratische Strukturen vor Ort und ausreichende Angebote mit gut bezahltem Personal. Bedarfsgerecht ausgestattete dezentrale soziale Zentren wären eine Möglichkeit, Bürger:innenrechte offensiv zu transportieren und Menschen in Not effektiv zu helfen.

**Wir fordern genügend Beschäftigte für eine ordnungsgemäße, zeitnahe Bearbeitung von Anträgen in allen Bereichen.** Gerade bei der Grundsicherung, Eingliederungshilfe und beim Wohngeld sind die Bürger:innen ganz besonders auf die öffentliche Leistungen angewiesen. Für ihre Gewährleistung müssen die Bezirke stets Sorge tragen.

**Wir fordern eine offensiv ausgerichtete Angebotsorientierung, die die Menschen in die Konzeptionen miteinbindet.** Angebote müssen vor Ort und für alle Bürger:innen gut zugänglich sein, sollten verstärkt dezentralisiert und an lokale Gegebenheiten angepasst werden.

**Wir fordern eine regelmäßige Bestandsaufnahme der Beschäftigten in den Bezirken im Verhältnis zu Anforderungen und Angeboten.** Diese muss stetig

fortgeschrieben werden. Denn nur, wenn man die Situation genau kennt, kann überhaupt lösungsorientiert gearbeitet werden.

**Wir fordern mehr Engagement im Bereich der Prävention.** Personell und strukturell müssen die Ämter sowohl quantitativ als auch qualitativ so aufgestellt sein, dass die Bürger:innen schon viel eher mit all ihren Fragen und Bedürfnissen abgeholt werden.

## **Bürger:innennahe Arbeit der Ämter in den Bezirken sichern und ausbauen – Probleme lösen statt verwalten und Anträge einfach gestalten**

Eine barrierefreie Beratung in den Behörden und Ämtern ist auch nach Corona nicht gewährleistet. Es muss möglich sein, dass ratsuchende Bürger:innen während umfänglicher Öffnungszeiten jederzeit Auskunft und Beratung erhalten. Dort, wo Termine angeboten werden, sind diese zeitnah zu vergeben. Anträge und Bescheide müssen leicht erfassbar und barrierefrei zur Verfügung stehen. Lange Wartezeiten auf Bescheide sind zu vermeiden. Ziel muss es sein, den für die Bürger:innen bestmöglichen Weg zu suchen und zu finden.

Einfache Anträge können mittlerweile online gestellt werden. Das ist vor allem für ältere und armutsbetroffene Menschen oftmals eine Herausforderung. Sie brauchen nach wie vor den direkten Kontakt, weil sie teils nicht über die technischen Mittel und Kenntnisse verfügen, um ihre Anliegen digital zu erledigen. Deshalb müssen neben Online-Angeboten immer auch Beratungen vor Ort angeboten werden – und zwar ohne Anmeldung, an mehreren Tagen in der Woche, über den ganzen Tag hinweg.

Eine bürger:innenfreundliche Verwaltung muss trotz fortschreitender Digitalisierung nahe an den Menschen bleiben und eine persönliche Beratung gewährleisten. Dabei ist unter anderem auch für Mehrsprachlichkeit ist zu sorgen. Die Gleichstellung der Geschlechter, ob weiblich, männlich oder divers, ist stets sicherzustellen.

Die schon vor der Krise zutage getretenen Probleme in den Ämtern der Grundsicherung und Eingliederungshilfe sollten, ebenso wie die in der Wohngeldbeantragung, schnell und dauerhaft behoben werden. Ganz oben auf der Agenda stehen die Beseitigung des Personal mangels und die Lösung der immer wieder auftretenden Probleme mit den neuen EDV-Systemen. Hier muss es im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften zeitnah zu Verbesserungen kommen. Zusätzliche Ausbildungsplätze könnten helfen, den – bereits absehbaren – zukünftigen Bedarf abzudecken. Eingesetzte Taskforces müssen regelmäßig berichten. Letztlich müssen sich die Bezirksämter als Dienstleistungseinrichtung verstehen, die den Bürger:innen hilft und Lösungen anbietet.

**Wir fordern die Behörden auf, ihre Dienste kund:innenorientiert und sowohl digital als auch verlässlich vor Ort anzubieten.** Das Angebot ist stets umfänglich bekannt und zugänglich zu machen. Zudem müssen dauerhafte Fördermöglichkeiten geschaffen werden, um niemanden bei der Digitalisierung abzuhängen. Anträge sind so zu gestalten, dass sie von allen Menschen eigenständig ausgefüllt werden können.

**Wir fordern, die Situation in den Ämtern für Grundsicherung, Eingliederungshilfe und Wohngeld zu verbessern.** Eine bürger:innenfreundliche Verwaltung muss am Bedarf der Menschen orientiert und bürger:innennah sein. Die entsprechenden Aufgaben benötigen ausreichend Personal und Infrastruktur, um den Anforderungen der Menschen vor Ort gerecht zu werden. Dafür hat der Bezirk zu sorgen.

**Wir fordern, dass die bisherigen Kund:innenzentren nicht geschlossen werden, sonst würden die Wege weit und die Wartezeiten lang.** Gerade für die ältere Generation, Bewegungseingeschränkte und Menschen mit Behinderung kann dies eine erhebliche Belastung bedeuten.

## **In die Zukunft investieren – Kinder- und Jugendhilfe stärken**

Die Kinder und Jugendlichen von heute sind das Fundament für eine starke Gesellschaft von morgen. Sie bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Wir brauchen in Hamburg familienfreundliche Rahmenbedingungen, die die Entwicklung

und Beteiligungsmöglichkeiten, aber auch den Schutz von Kindern und Jugendlichen fördern.

Neben der Bildung und Erziehung in Elternhaus, Kindergarten, Schule und beruflicher Ausbildung, ist die Kinder- und Jugendarbeit ein wichtiger Bildungsbereich in der Freizeit von Kindern und Jugendlichen. Sie trägt mit zur Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen bei und es werden wichtige soziale Kompetenzen vermittelt.

Viele Kinder und Jugendliche verbringen heutzutage lange Zeit in der Schule. Für die bewährten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit verändern sich damit die Rahmenbedingungen wie auch Anforderungen an ihre Arbeit. Sie müssen ihr Angebot auf die neuen Herausforderungen einstellen – ohne qualitative und quantitative Abstriche zu machen.



**Wir fordern die Bezirksversammlungen und insbesondere die Jugendhilfeausschüsse auf, die offene Kinder- und Jugendarbeit zu stärken und auf solider Basis auszubauen.** Angesichts der sich verschärfenden sozialen Spaltung in der Stadt muss die Angebotspalette der Einrichtungen ganz besonders auf die Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen ausgerichtet werden. In dieser Phase bedürfen die Einrichtungen eines zuverlässigen Rückhalts durch ihre Bezirke.

**Wir fordern, dass die Bezirke mehr Projekte initiieren und fördern, die armutsbetroffene Kinder gezielt unterstützen.** Hier sind auch deutlich mehr Abend- und Wochenendangebote zu entwickeln.

**Wir fordern den Aufbau von mehr schulischen Projekte in den Bezirken.** Gerade in den Schulen können Jungen und Mädchen für Initiativen abgeholt werden, die nicht zuletzt auf bessere Integrationschancen abzielen.

**Wir fordern dazu auf, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendeinrichtungen zu initiieren.** Dies ist notwendig um Doppelangebote zu vermeiden, aber auch um die Vernetzung im Stadtteil zu stärken. Das Wohl der Kinder steht dabei letztlich im Vordergrund.

**Wir fordern, dass die Straßensozialarbeit für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht ausgestattet wird.** Die Arbeit wird hier zunehmen, so dass rechtzeitig reagiert werden muss – auch finanziell.

## **Allgemeinen Sozialen Dienst und Hilfen zur Erziehung als wichtige Stütze für Familien und Kinder fördern**

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) in den Bezirken ist ein maßgeblicher Faktor für das soziale Klima vor Ort. Soziale Problemlagen der Bürger:innen müssen hier konkret und im Einzelfall gelöst werden. In den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät der ASD nur selten, allenfalls in Verbindung mit tragischen Todesfällen. Engagierte Arbeit in den Sozialdienststellen erfordert aber auch eine engagierte Dienstaufsicht, die durch angemessene Ausstattung und Arbeitsbedingungen

(wie auch rechtliche Absicherung) den Einsatz seiner Beschäftigten honoriert.

Gerade präventiv kann mit den Hilfen zur Erziehung, wenn die Beratung und Unterstützung in den Familien frühzeitig erfolgt, sehr viel erreicht werden. Besonders benachteiligten Kindern und Jugendlichen können hierdurch neue Chancen eröffnet werden. Familienberatungszentren sind wichtige Einrichtungen, die Familien in ihrem Lebensalltag helfen. Ihre Beratungstätigkeit ist oftmals eine wichtige Stütze bei der Alltagsbewältigung. Kinder und Jugendliche benötigen Menschen, die sie unterstützen und ihnen Sicherheit und Geborgenheit geben. Nicht immer bietet ihnen ihr familiäres Umfeld eine gute Umgebung zum Aufwachsen. Deshalb ist es wichtig, Familien, die Unterstützung benötigen, zu stärken. Eltern sollten schon möglichst früh und bevor gravierende familiäre Konflikte oder Probleme entstehen, Hilfen erfahren und im Alltag gestärkt werden.

**Wir fordern die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Hilfen und Angeboten der Erziehung und Familienbildung.** Die Familienbildung, als wichtiges präventives Angebot der Jugendhilfe, muss fortgeführt und noch bekannter gemacht werden. Der Zugang zu Bücherhallen und Volkshochschulen wie auch zu sozialen, kulturellen und sportlichen Angeboten sollte erleichtert und für Bedürftige kostenfrei sein.

**Wir fordern eine weitere Einstellungs- und Qualifizierungsoffensive für den ASD und die Sicherstellung von regelmäßigen Supervisionen für alle Mitarbeitenden.** Neben einer regelmäßigen Überprüfung des ASD durch eine unabhängige Expert:innenkommission, sollten auch neue Wege für den ASD entwickelt und erprobt werden.

**Wir fordern, dass die Hilfen zur Erziehung bedarfsorientiert und auskömmlich gewährt werden.** Längere Wartezeiten zwischen Antragstellung und Bewilligung sind nicht akzeptabel. Die im SGB IX definierte Laufzeit von Antragstellung und Bewilligung muss eingehalten werden.

**Wir fordern die kostenfreie Nutzung aller sozialen und kulturellen Einrichtungen für bedürftige Familien.** Hierzu zählt auch der Ausbau und die dauerhafte Förderung von Familienzentren und Maßnahmen zur Familienbildung und -erholung, ebenso wie die Sicherung und Weiterentwicklung familienunterstützender

Angebote – ob zur niedragschweligen Gesundheitsförderung, zur allgemeinen Beratung und zum Austausch in Nachbarschaften oder für die speziellen Bedarfe von Alleinerziehenden.

## **Sozialeinrichtungen in den Bezirken verlässlich finanzieren**

Eine mangelnde Finanzausstattung von Sozialeinrichtungen führt an vielen Stellen zu einer Bedrohung des sozialen Lebens in der Stadt. Der Quartiersfonds der Bürgerschaft hat in vielen Fällen geholfen, zumindest vorübergehend schwere Schäden in der sozialen Infrastruktur zu verhindern. Mit einem solchen Notventil ist den sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen nicht geholfen. Die bisherige, zeitlich befristete Finanzierung von Projekten führt zu prekärer Beschäftigung, die abgeschafft werden muss. Nur eine dauerhafte Finanzierung kann Grundlage für die Einrichtungen und ihre Beschäftigten sein. Erforderlich ist dabei eine Mischung aus Bürger:innentreffs und Quartierszentren sowie Angeboten der Freizeitgestaltung, Bildung und Beratung.



**Wir fordern, dass Sozialeinrichtungen und gemeinnützigen Träger:innen nicht ausgelastete Räumlichkeiten zur Nutzung überlassen werden.** Die Bezirke müssen hier im Zusammenwirken mit dem Hamburger Senat aktiv werden. Nur so kann vor Ort in den Quartieren eine breite, für die Bürger:innen notwendige und attraktive, Angebotspalette gewährleistet werden.

**Wir fordern die Bezirksämter auf, aktiv kostengünstige bzw. kostenfreie Räumlichkeiten anzubieten.** Dabei sind auch die Bezirksversammlungen einzubinden. Denn gerade Räumlichkeiten (Miete und Nebenkosten) sind derzeit so hochpreisig, dass soziale und gemeinnützige Träger:innen, Vereine und Verbände dringend Unterstützung und Entlastung brauchen.

**Wir fordern den Ausbau einer integrierten sozialen Stadtteilentwicklung in allen Bezirken.** Dazu gehört auch ein Tarifausgleich in den Zuwendungen, wenn die Personalausstattung nicht schon mittelfristig ernsthaft gefährdet werden soll. Bürger:innentreffs, Community-Center und Stadtteilkulturzentren wie auch die Geschichtswerkstätten sind in den Stadtteilen unverzichtbar. Initiativen zur Ausweitung und Neugründung dürfen nicht entmutigt werden, sondern müssen in der kommunalen Politik Unterstützung und Beistand erfahren.

**Wir fordern, die sozialen Einrichtungen im Bezirk verlässlich zu finanzieren.** Eine Ausweitung der bezirklichen Mittel könnten dabei hilfreich sein. Die sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen brauchen verlässliche, auch finanziell dauerhaft gesicherte Bedingungen.

## **Soziale Hilfen und Beratung attraktiver gestalten und ausbauen**

Die unzureichende Übernahme von Tariferhöhungen und zu geringe Zuwendungen für soziale Projekte trocknen unseren Sozialstaat in Hamburg aus und lassen den Kitt bröckeln, der für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich ist. Solche Entwicklungen können ein Nährboden für radikale Kräfte sein, die unsere Gesellschaft polarisieren. Dem muss entgegengewirkt werden.

Seelische Belastung, Unterstützungsbedarf bei der Haushaltsführung, finanzi-

elle Nöte, Konflikte in der Familie, Ärger mit der Wohnung oder Probleme mit Anträgen und Behörden: Es gibt viele Anlässe, sich externe Hilfe zu suchen. Vor allem diejenigen, die wenig Mittel zur Verfügung haben, sind auf entsprechende Angebote der Stadt angewiesen. Regelmäßige Informationen und Hinweise auf Einrichtungen und Beratungsleistungen sind daher genauso unerlässlich wie eine gute Erreichbarkeit vor Ort.

**Wir fordern den Erhalt und Ausbau kostenfreier sozialer Unterstützungs- und Förderangebote.** Angemessene Investitionen und ausreichend Personal sind hierfür Voraussetzung. Zielgruppenspezifische, unabhängige und niedrighschwellige Beratungs- und Vertretungsangebote müssen Ratsuchenden vorbehaltlos im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Unerlässlich ist, dass solche Hilfen ohne Furcht vor Sanktionen in Anspruch genommen werden können.

**Wir fordern, einer substanziellen Gefährdung von öffentlichen Einrichtungen und freien Träger:innen entschieden entgegenzuwirken.** Die Bezirke müssen darauf hinwirken, dass die tariflich bedingten Personalkosten und auch die Kosten für eine betriebliche Altersvorsorge in Sozialeinrichtungen auskömmlich, immer zeitnah und auf lange Sicht finanziert werden.

**Wir fordern, dass soziale Hilfen und unabhängige Beratungsangebote verstärkt publik gemacht und Zugänge erleichtert werden.** Der Besuch auf dem „Amt“ ist für viele Menschen immer noch eine Hürde und oftmals gar nicht nötig. Lange und komplizierte Antragsformulare müssen daher abgeschafft und Beratungen auch ohne Anmeldung möglich werden. Um die Bürger:innen über ihre Möglichkeiten aufzuklären und den Weg durch die Verwaltung zu ebnen, sollten unabhängige Erstberatungen die Regel sein.

**Wir fordern, Menschen mit kleinem Geldbeutel im Zuge der Digitalisierung nicht abzuhängen.** Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre Anliegen auch analog vorzutragen zu können. Denn gerade für ältere und armutsbetroffene Menschen ist die Digitalisierung noch immer eine Herausforderung. Viele von ihnen brauchen nach wie vor den direkten persönlichen Kontakt, weil ihnen die finanziellen und technischen Mittel sowie Kenntnisse fehlen, um Anliegen online zu erledigen.

## Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen

Es ist unstrittig, dass viele langzeitarbeitslose Menschen mit den bestehenden Instrumenten der Arbeitsvermittlung keine oder nur kaum Perspektiven haben. Die Vermittlung an sich dauert oftmals zu lang und die Vermittlungsbemühungen führen nur selten zu einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Daran hat auch das Teilhabechancengesetz nichts geändert. Dringend erforderlich ist eine dauerhafte Sicherstellung von Beschäftigungsgesellschaften und deren Ausbau. Um die Arbeitsaufnahme von Menschen mit Behinderungen nachhaltig zu fördern, muss ein Sonderprogramm unter Einbeziehung von Bundesmitteln aufgelegt werden.

**Wir fordern, die Arbeit von Beschäftigungsträger:innen verlässlich zu fördern, auszubauen und zu sichern.** Um den Fortbestand von Beschäftigungs- und



Qualifizierungsgesellschaften nachhaltig zu sichern, brauchen sie eine verlässliche Basisunterstützung. Zusätzlich müssen neue Gesellschaften gegründet werden. Die Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt sollte der Hamburger Senat durch Ko-Finanzierung der Maßnahmen bei den Beschäftigungsträger:innen finanziell fördern, aber auch konzeptionell unterstützen.

**Wir fordern die Einrichtung eines zusätzlichen sozialen Arbeitsmarkts aus Hamburger Mitteln unter Einbindung in die Quartiersentwicklung.** Dieser muss mindestens 3.000 Plätze umfassen und sozialversicherungspflichtige, tariflich gebundene Einkommen ermöglichen. Gleichzeitig sollten dabei auch verstärkt quartiersbezogene Angebote in den Bezirken eingerichtet und gefördert werden. Ein besonderer Stellenwert muss in diesem Sektor der Qualifizierung und sozial-psychologischen Begleitung zukommen. Entsprechende Mittel sind bereitzustellen werden.

**Wir fordern die Entwicklung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten in den Quartieren.** Dabei sind die Bezirke besonders gefordert. Um die Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen zu verbessern, sollten sie in Zusammenarbeit mit den Beschäftigungsträger:innen quartiersbezogene Projekte auflegen. Zudem müssen weitere Beschäftigungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden.



**Stadtteile und Quartiersstrukturen bedarfsgerecht ausbauen**

## **Moderne Stadtplanung muss veränderte Altersstrukturen und alle Aspekte der Barrierefreiheit berücksichtigen**

Ältere Menschen sind eine bedeutende Gruppe, der wir Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Zahl der Senior:innen in Hamburg, die 60 Jahre und älter sind, machen bereits rund 24 Prozent der Wohnbevölkerung aus und ihre Zahl steigt an. Wachsen wird vor allem der Anteil der Hochbetagten. Der Wunsch der meisten älteren Menschen ist, so lange wie möglich selbstständig in der bisherigen Wohnung oder in ihrem angestammten Wohnquartier zu leben. Doch dafür müssen die Voraussetzungen stimmen: Barrierefreier, altersgerechter Wohnraum muss geschaffen und für qualitativ hochwertige Unterstützung und Pflege bei Hilfebedürftigkeit muss gesorgt werden.

Für Senior:innen muss es möglich sein, am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in den Quartieren vor Ort und in der Stadt teilzuhaben und diese mitzugestalten. Dabei geht es ebenso um Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung, wie um die notwendige Infrastruktur in den Stadtteilen. Dazu bedarf es nicht nur barrierefreier Zuwegungen mit Parkbänken, Wasserspendern und auffindbare öffentliche Toiletten in Wohnortnähe. Neben einem dichten Netz von Kund:innenzentren und einem mobilen Service, müssen Angebote der Nahversorgung und der sozialen Versorgung (wie Post, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés oder Kulturangebote) sowie kostenfreie haushaltsnahe Dienstleistungen in jedem Bezirk bereitgestellt und bei allen städtebaulichen Planungen mitgedacht werden. Gleiches gilt für Quartierszentren und Nachbarschafts- oder Bürger:innentreffs mit Angeboten für Menschen mit kleinen Geldbeutel. Soziale Kontakte und Formen des Austauschs und der Begegnung bieten vielfältige Chancen, um aktiv zu bleiben und vor Ort Zusammenhalt, Unterstützung oder Engagement zu schaffen. Sowohl Räume und Flächen als auch partizipative Angebote sind dafür entscheidende Voraussetzungen.

**Wir fordern, mehr altersgerechten, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.** Wer älteren Menschen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen will, muss deutlich mehr Wohnungen bereitstellen, die sich an ihrem Bedarf orientieren – denn Senior:innen-Einrichtungen lehnen sie vielfach ab.

**Wir fordern, die Innenstadt und zentrale Plätze in den Bezirken als attraktive Orte der Begegnung für alle Generationen zu gestalten und zu erhalten.** Cafés, Restaurants und Außenmöblierungen sowie Grünanlagen sollen zum Verweilen einladen. Entsprechende Flächen müssen in allen Quartieren vorhanden sein. Damit Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung vermehrt ergriffen werden, sollte die Verwaltung auch Geschäftsleute entsprechend ermuntern und unterstützen.

**Wir fordern, die Sozialraumorientierung und soziale Netzwerke im Quartier zu stärken.** Die Schaffung von Quartierszentren für eine integrierte Altenhilfe – mit hauptamtlichen und ergänzenden ehrenamtlichen Mitarbeitenden – ist dabei ebenso notwendig wie die Förderung von Nachbarschaften. Entsprechende Räume für die Bürger:innen müssen flächendeckend in ganz Hamburg entstehen.

## **Sozialzentren, Altenhilfe, Senior:innenberatung und -mitwirkung als Bausteine „alternder“ Bezirke**

Das Alter ist ein Lebensabschnitt wie die Kindheit, die Jugend und das Erwachsensein – mit einem wesentlichen Unterschied: Es ist die letzte Lebensphase. Leiden und Sterben spielen hier eine andere Rolle als in den vorhergehenden. Doch je nach Lebensstil und persönlicher Einstellung gibt es eine breite Palette im Umgang mit den Möglichkeiten und Begrenzungen des Alters. Die Bandbreite der Sozialen Arbeit in Form von Beratungs- oder Unterstützungsmöglichkeiten für ältere Mitbürger:innen ist entsprechend groß und geht über den kommunalen Rahmen hinaus.

Um Senior:innen das Leben in der gewohnten Umgebung zu erleichtern und ihre Selbstständigkeit zu erhalten, sind bezirkliche Angebote von großer Bedeutung. Diese sollten gebündelt und zu vernetzten Quartier-Angeboten weiterentwickelt werden – in Form von sogenannten Quartierszentren. Als unabhängiger, stadtteilbezogener Fachdienst für Menschen ab 60 Jahren ist hier auch die bezirkliche Senior:innenberatung einzubinden.

**Wir fordern die Einrichtung von Senior:innenzentren in ausgewählten Stadtteilen.** Ein solches Zentrum muss rund 350 Quadratmeter für Räumlichkeiten, drei feste Stellen für Sozialpädagog:innen sowie entsprechende Sach- und Finanzmittel

erhalten und sollte zunächst in jedem Bezirk entstehen. Die Zentren müssen dann systematisch auf das gesamte Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ausgeweitet werden. Passende Standorte sind in Abstimmung zwischen Bezirksversammlungen und Senat festzulegen. Wie eine flächendeckende Versorgung gelingen kann, zeigt die Stadt München.

**Wir fordern eine moderne Neuaufstellung der bereits bestehenden Sozialzentren mit mehr Angeboten der Prävention, Beratung und Versorgung.** Ganz wesentlich ist dabei die aktive Beteiligung der Menschen vor Ort. Nach Münchner Vorbild sollten daher ein hauptamtliches Management und hauptamtliche Mitarbeiter:innen zur Koordination und als feste Ansprechpersonen eingesetzt werden.

**Wir fordern den Erhalt und Ausbau der Senior:innentreffs in den Bezirken – bis zur flächendeckenden Versorgung mit Senior:innenzentren.** Angestrebt werden muss dann eine Integration der bestehenden Einrichtungen. Derzeit gibt es etwa 90 Treffs und vergleichbare Angebote, die in Frage gestellt bzw. deren Leistungen eingeschränkt werden – gebraucht werden sie jedoch alle. Die gesetzliche Grundlage ist mit der Globalrichtlinie bereits heute geschaffen. Diese gilt es umzusetzen.

**Wir fordern eine stärkere Verankerung einer Senior:innenmitwirkung in Politik und Verwaltung.** Die Senior:innenmitwirkung ist zwar in einem eigenen Gesetz geregelt, dennoch findet sie in der Bezirkspolitik nicht hinreichend statt. Um den Bezirks-Senior:innenbeiräten mehr Einfluss und Gehör zu verschaffen, sollten sie eigene Mitwirkungs- und Anhörungsrechte im Beratungsgang der Bezirksversammlungen sowie ein Antragsrecht erhalten.

## **Gesundheitspolitik in den Bezirken bürger:innennah gestalten und niedrigschwellige Angebote fördern**

In Hamburg sind niedergelassene Ärzt:innen in den einzelnen Bezirken und Stadtteilen ungleich verteilt. Das ungleiche medizinische Versorgungsangebot und damit die Benachteiligung der Menschen vor Ort geht einher mit der sozialen Lage in den unterversorgten Stadtteilen. Dies wirkt sich unstreitig negativ aus auf den Gesundheitszustand der Betroffenen.

Eine gute medizinische Versorgung ist jedoch ein echter Pluspunkt für die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt. Deshalb sollte es Ziel sein, gesundheitsfördernde und gesundheitserhaltende Lebensverhältnisse für alle zu schaffen und die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit zu bekämpfen.

**Wir fordern, die Gesundheitskompetenz der Menschen zu stärken und gesundheitsfördernde, präventive Angebote auszubauen.** Eine soziale und nachhaltige Gesundheitspolitik muss gesellschaftliche Phänomene wie Armut und Diskriminierung, aber auch ökologische Einflüsse anerkennen und aufgreifen. Hierzu gehört auch die Einrichtung und Förderung von niederschweligen Angeboten der Beratung und Versorgung in den Bezirken oder die Entwicklung von generationenübergreifenden Sportangeboten mit Vereinen vor Ort.

**Wir fordern den Aufbau interdisziplinärer Gesundheitszentren in Stadtteilen mit niedrigem Sozialindex und eine medizinische Erstversorgung aus einer Hand.** Bestehende Ungleichgewichte in der medizinischen Versorgung sind mittels sozialräumliche Planung und Steuerung zu beseitigen.



**Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung und einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderung.**

Zahlreiche Praxen niedergelassener Ärzt:innen oder Therapeut:innen sind baulich und technisch nicht barrierefrei. Sie müssen auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen problemlos zugänglich sein. Bestehende Informations- und Kommunikationsbarrieren müssen abgebaut werden.

**Wir fordern flächendeckenden Zugang zu öffentlichen Wasserspendern.** Angesichts von Klimawandel und Hitzeperioden wird die Versorgung mit sauberem Trinkwasser immer wichtiger für die Gesunderhaltung – nicht nur für ältere Menschen oder Wohnungs- und Obdachlose. Die Zahl und Auffindbarkeit der Wasserzapfsäulen auf öffentlichen Plätzen muss daher schnell und deutlich erhöht werden. Trinkwasser muss jederzeit und für alle zugänglich sein.

## **Bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht stärken**

Die Wohn-Pflege-Aufsicht berät, prüft Leistungen auf ihre Qualität und führt – auch unangemeldete – Kontrollen und Begehungen durch. Im Fall von Missständen ordnet sie konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel an und kann im Einzelfall Beschäftigungsverbote erteilen oder den weiteren Betrieb einer Einrichtung ganz untersagen.

Die Zahl der älteren Menschen in Hamburg nimmt stetig zu. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2030 etwa 30 Prozent der Hamburger:innen 65 Jahre und älter sein werden. Mit der alternden Gesellschaft steigt gleichzeitig auch das Pflegerisiko. Somit kommt der bezirklichen Wohn-Pflege-Aufsicht eine große und wachsende Verantwortung zu. Sowohl bei der Beratung von Senior:innen mit Hilfe- oder Pflegebedarf als auch bei der Unterstützung der Betreibenden von ambulanten und stationären Einrichtungen im Hinblick auf die Erfüllung der Anforderung des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes.

Der Wunsch sehr vieler Menschen ist es, ein solange wie möglich selbständiges, selbstbestimmtes und würdevolles Leben in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Wohnumgebung führen zu können – wenngleich sie aufgrund von Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung auf Hilfe angewiesen sind. Gerade dann muss für eine adäquate Unterstützung bei Problemen des Alltags

gesorgt sein. Ob bei der Strukturierung des Haushalts, beim Einkaufen und Sauberhalten der Wohnung, bei der Erledigung von Behördenangelegenheiten oder dem Gang zum Amt durch Begleitdienste. Sie sind angewiesen auf kompetente Hilfen und gute Betreuung.

**Wir fordern die Sicherstellung einer würdevollen Pflege und Betreuung für alle.**

Neben den pflegerischen Versorgungsangeboten für die Unterstützung der Menschen in den eigenen vier Wänden, müssen weitere Hilfestrukturen – kostenfrei für bedürftige Menschen – geschaffen werden. Dazu gehören öffentliche Dienstleistungen im erreichbaren Wohnumfeld ebenso wie Quartierszentren oder andere soziale Anlaufstellen, die Möglichkeiten zur Begegnung und zum Austausch vor Ort bieten und Einsamkeit entgegenwirken.

**Wir fordern, die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht qualitativ besser aufzustellen und mehr Transparenz zu schaffen.**

Nur so kann die Aufsicht über die Einhaltung des Gesetzes gewährleistet und für das Abstellen von Mängeln Sorge getragen werden. Neben einer permanenten Evaluierung, mit dem Ziel der Leistungsverbesserung, ist eine aktive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, damit die Bürger:innen auch erfahren, dass sie Meldungen über Missstände an die Wohn-Pflege-Aufsicht richten und sie persönlich beraten werden können. Weiter müssen Prüfberichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

**Wir fordern eine auskömmliche Finanzierung und Personalausstattung der Wohn-Pflege-Aufsicht.**

Die personellen Ressourcen müssen in jedem Bezirk erhöht wer-



den, damit ihre Aufgaben heute und in Zukunft ordnungsgemäß wahrgenommen werden können – und Missstände nicht nur festgestellt und beseitigt, sondern Einrichtungen auch bei der Weiterentwicklung geholfen werden kann. Ferner müssen die gesetzlichen Abstimmungs- und Zusammenarbeitsvorschriften erfüllt werden.

**Wir fordern konsequente Kontrollen von Pflegeeinrichtungen durch die Wohn-Pflege-Aufsicht – entsprechend des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes (HmbWBG).** Missstände vor Ort werden leider regelmäßig zu spät entdeckt. Erforderliche Kontrollen von Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen oder ambulanten Pflegediensten und die Prüfung der Qualität der angebotenen Leistungen werden nicht ausreichend wahrgenommen. Das ist nicht länger hinnehmbar und muss schnellstmöglich abgestellt werden.

## **Bezirke auf notwendige Energiewende und veränderte Klimapolitik vorbereiten**

Der Klimawandel ist in vollem Gange und gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Es wurden Klimaziele festgelegt, die uns auf dem Weg in eine klimaneutrale Gesellschaft helfen sollen. Um diese Klimaziele zu erreichen, müssen wir unsere Anstrengungen jedoch erhöhen. Das gilt für den Wohnungsbau, aber auch für Bestandswohnungen – gute Maßnahmen wurden hier bereits entwickelt und erprobt.

Damit sich das Stadtklima verbessert und die Temperaturen im Sommer in der Stadt sinken, müssen unter anderem mehr Häuser begrünt werden. Ebenso sind stets alle Möglichkeiten zur Einsparung von Baumaterialien und zur Verwendung von recycelten Materialien zu prüfen und bei Eignung umzusetzen. Weiter zeigt das Beispiel „Horner Geest“ deutlich auf, dass es durchaus sinnvoll sein kann, ein ganzes Quartier mit seinen klimatischen Einflussgrößen, wie Verkehr, Wärme- und Stromerzeugung, zu betrachten, um Stadtviertel klimaneutral zu gestalten. Solche Best-Practice-Modelle sollten im Zusammenspiel zwischen Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Mietervereinen und Senat weiterverfolgt und umgesetzt werden. Entsprechende Fördermöglichkeiten gilt es seitens der Stadt zu schaffen.

**Wir fordern stadtteilbezogene Handlungspläne, um den Energieumbau chancen-gleich voranzutreiben.** Der Senat sollte stadtteil- und quartiersbezogene Förder-

kulissen aufbauen und jeweils vor Ort feststellen, wo Umrüstungen von Gas und Öl auf regenerative Energieträger möglich sind. Unter Federführung der Stadt (Bezirke) sind dann gemeinsam mit Handwerksbetrieben Handlungspläne aufzustellen, die darlegen, wie und in welchem Zeitraum dies umgesetzt werden kann. Um solche Umbauten zu flankieren und einkommensschwachen Haushalten zu helfen, müssen entsprechende Fördergelder gezielt bereitgestellt werden.

**Wir fordern eine soziale Klimapolitik und sozialverträgliche Energiewende.** Mit wachsendem Problemdruck wird die Transformation der Energieversorgung immer dringlicher. Neben dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sollte dabei immer auch das Prinzip der Sozialverträglichkeit Berücksichtigung finden – Klima- und Sozialpolitik sind stets gleichberechtigt zusammenzudenken und aufeinander abzustimmen. Die Kosten für einen effektiven Klimaschutz und damit auch für die Energiewende müssen sozial gerecht abgedeckt werden. Nur so kann der zunehmenden sozialen Spaltung und ungleichen ökonomischen Belastungen entgegengewirkt werden.

**Wir fordern, die Menschen auf dem Weg in eine ökologisch und klimatisch nachhaltige Lebensweise zu unterstützen und wirtschaftliche Lasten gerecht zu verteilen.** Eine sozial-ökologische Wende kann nur zusammen und mit den Bürger:innen gelingen. Hierfür sind auch positive Anreize, Bildungsangebote und Aufklärung nötig. Die Kosten für den sozial-ökologischen Umbau müssen solidarisch getragen werden. Denn sowohl der Klimawandel als auch Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz treffen auf ungleiche Lebensbedingungen, Einkommen und Vermögen. Gerade wenn sich Lebensmittel, Wohnen oder Mobilität verteuern, gilt es, negative gesellschaftliche Folgen zu vermeiden und für sozialen Ausgleich zu sorgen.

## **(Notfall-)Pläne für extreme Wetterlagen – sowohl für Hitze als auch für Kälte – aufstellen**

Der Klimawandel ist in vollem Gange und gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Wir sind zunehmend extremen Wetterlagen ausgesetzt. In den Sommermonaten sind wir vermehrt von Hitzeperioden und in den Wintermonaten von Kältephasen betroffen. Gerade ältere, kranke, pflegebedürftige oder auch wohnungs- und obdachlose Menschen spüren die Auswirkungen unmittelbar. Hierauf muss

reagiert werden, um die Bürger:innen vor gesundheitlichen Schäden schützen können. Die Bezirke sind hier in der Verantwortung, entsprechende Angebote zu schaffen und negativen Auswirkungen – bis hin zu Todesfällen – zu vermeiden. Ebenso sind sie gefordert, sich für landesweite Maßnahmen starkzumachen.

**Wir fordern Hitzepläne, die Maßnahmen der Versorgung mit ausreichend Flüssigkeit und Kühlmöglichkeiten enthalten.** So müssen Einrichtungen verpflichtet werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die Pflegebedürftige vor den negativen Folgen von Hitze schützen. Obdachlose und wohnungslose Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich an öffentlich und niedrigschwellig zugänglichen Orten stets mit Trinkwasser zu versorgen.

**Wir fordern gepflegte Wasserspender auf allen zentralen öffentlichen Plätzen.** Ihre Zahl und Auffindbarkeit muss schnell und deutlich erhöht werden. Wir empfehlen die sichtbare Einrichtung von mehreren Zapfsäulen auf zentralen öffentlichen Plätzen in jedem Stadtteil, um eine gute Versorgung sicherzustellen. Die Trinkwasserstellen müssen so gewartet werden, dass der Zugang zu sauberem Wasser jederzeit möglich ist. Der Plan des Senats, zunächst 100 Trinkstellen zu schaffen, ist sofort umzusetzen.

**Wir fordern eine ausreichende Zahl an gut erreichbaren, barrierefreien Toiletten im öffentlichen Raum.** Sie müssen durch sichtbare Ausschilderungen besser auffindbar sein. Ihre Öffnungszeiten sollten sich am Einzelhandel, an der Gastronomie sowie am Freizeitverhalten und an Urlaubszeiten orientieren. Abend- und Nachtöffnungen können durch entsprechende Zugangssysteme sichergestellt werden. Die Toiletten sollten so gepflegt werden, dass ihr hygienischer Zustand stets einwandfrei ist.

**Wir fordern, dass in den Bezirken ausreichend Aufenthaltsmöglichkeiten bei anhaltender Kälte und Hitze vorhanden sind.** Es muss dafür Sorge getragen werden, dass niemand frieren muss. Dementsprechend sind die Angebote nicht nur in ausreichender Anzahl vorzuhalten, sondern vor allem auch so attraktiv zu gestalten, dass sie angenommen werden. Schutzmöglichkeiten vor hohen Temperaturen müssen ebenso dauerhaft, bei Tag und Nacht, geschaffen werden. Hierfür sind öffentliche Gebäude auszuweisen und zugänglich zu machen.



**Digitalisierung sicher,  
sozial und für alle  
zugänglich gestalten**

Die Digitalisierung wird zukünftig die Stadtentwicklung und unser Alltagsleben prägen. Immer mehr städtische Dienstleistungen werden online angeboten. Die Politik setzt auf digitalisierte Mobilität, Onlineangebote in Bücherhallen, webbasierte Angebote bei den städtischen Kund:innenzentren, elektronische Krankenhauserdiagnostik und Behandlungen sowie vieles mehr. Ein schlüssiges Gesamtkonzept für eine digitale Stadt ist allerdings nicht erkennbar.

Gerade in der nicht genehmigten Nutzung von privaten Daten oder einer zunehmenden Überwachung liegen Gefahren, die seitens der Politik sehr ernstgenommen und unterbunden werden müssen. Die Orientierung am Gemeinwohl ist bei der Entwicklung von digitalen Anwendungen von zentraler Bedeutung.

Nichtsdestotrotz: Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, ob zur Kontaktaufnahme mit Freund:innen und Familie oder mit öffentlichen Einrichtungen, ist dringend notwendig. Es darf aber auch niemand im Zuge der Digitalisierung abgehängt werden. Gerade ältere Menschen und Senior:innen mit niedrigen Alterseinkünften fehlen vielfach die digitalen Kompetenzen und finanziellen Möglichkeiten. Ihre Teilhabechancen an der Gesellschaft sind so zunehmend eingeschränkt.

**Wir fordern, Digitalisierung als allumfassenden Struktur- und Lebenswandel sozial zu gestalten.** Denn neue Technologien, künstliche Intelligenz, Algorithmen und selbstfahrende Autos sind gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die viele Menschen in ihrer scheinbar maßlosen Komplexität überfordern und Ängste wecken können. Solche Gefühle müssen ernstgenommen und aufgefangen werden, z. B. durch Mentor:innenprogramme und Aufklärungsprojekte, die den Einstieg in die digitale Welt erleichtern.

**Wir fordern, dass Digitalisierung für alle zugänglich und erschwinglich ist.** Niemand darf, weil das Verständnis oder das Geld fehlt, um technisch Schritt zu halten, von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Es dürfen keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen. Es ist wichtig, dass alle Bürger:innen die Möglichkeit haben, sich über das Internet und die neuen Medien zu informieren, Kontakte zu pflegen und an der Gesellschaft teilzuhaben.

**Wir fordern kostenlose Ladestationen, WLAN-Hotspots und PCs in allen öffentlichen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen.** Sowohl in bezirklichen Einrich-

tungen als auch in Pflegeeinrichtungen müssen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Menschen Zugang zum Internet und digitalen Medien haben können. Gerade in Pflegeeinrichtungen sind diese Möglichkeiten für die Bewohner:innen meist nicht vorhanden oder nur begrenzt verfügbar.

**Wir fordern den höchstmöglichen Schutz von Daten und Persönlichkeitsrechten.**

Dazu zählt die Verpflichtung zur Manipulationsfreiheit, das garantierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die individuelle Datensouveränität. Digitalisierung muss immer dort kontrolliert und reguliert werden, wo sie die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, die Rechte und Freiheiten der Menschen einschränkt, riskiert oder verletzt.

**Wir fordern, neben der digitalen Vernetzung das analoge Miteinander nicht zu vernachlässigen.** Die Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen durch neue digitale Lösungen ist durch Schulungen, Unterstützungsangebote und Regelungen bei der Entwicklung der digitalen Stadt zu verhindern. Begleitend zu digitalen Angeboten sind nach wie vor – und so lange wie nötig – gut zugängliche analoge Angebote vorzuhalten.



**Mobilität und öffentlichen  
Nahverkehr sozial gestalten  
und alle Stadtteile anbinden**

Mobilität ist eine maßgebliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Faktoren wie wachsende Bevölkerungszahlen und Pendler:innenströme, Neubau und Verdichtung von Wohngebieten, Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sowie klimaneutrale Fortbewegung müssen bei der Planung von Mobilitätsangeboten stets berücksichtigt werden. Bei der Stadtentwicklung Mobilität immer integrativ mitzudenken und so zu planen, dass sowohl Klimaschutz als auch die Bedürfnisse der verschiedenen Verkehrsteilnehmer:innen angemessen Berücksichtigung finden.

**Wir fordern einen ÖPNV, der für alle zugänglich und gut erreichbar ist.** Das Grundrecht auf Mobilität muss für alle umgesetzt werden. Auch aus den Bezirken sollte Unterstützung dafür kommen, dass bedürftige Menschen den ÖPNV künftig kostenfrei nutzen können. Gemeinsam mit der Stadt müssen die Bezirke in ihrer Mobilitätspolitik berücksichtigen, dass nicht nur innerstädtische Bereiche im Fokus stehen. In allen Teilen der Stadt ist für eine gute Anbindung durch den ÖPNV zu sorgen.

**Wir fordern, den barrierefreien Ausbau und Großinvestitionen zum Linienausbau voranzutreiben.** Das bestehende Liniennetz muss durch fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen verbessert sowie durch den Streckenausbau und die Anbindung der Stadtteile, die bisher noch ohne Schnellbahnanschluss sind, erweitert werden. Priorität hat dabei der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs. Ein barrierefreier Zugang zu den Haltestellen muss überall möglich sein. Zusätzlich sollten Sitzbank und Regenschutz überall vorhanden sein.

**Wir fordern ein zukunftsfähiges, alltagstaugliches und ökologisch tragfähiges Mobilitätsangebot.** Zubringer-Taxisysteme sollten ausgebaut und für alle erreichbar und nutzbar sein, damit niemand auf der Strecke bleibt. Mobile Rufangebote, wie Anruf-Sammel-Taxi (AST), RufBus, Anruf-Sammel-Mobil (ASM), ioki, MOIA und hvv hop, müssen barrierefrei und analog, auch mit Bargeldzahlung, zum ÖPNV-Tarif bereitgestellt und auf ganz Hamburg ausgedehnt werden. Auf keinen Fall dürfen solche flexiblen Angebote eingeschränkt werden. Denn viele Menschen können nicht auf Fahrräder umsteigen. Gerade mit Rücksicht auf mobilitätseingeschränkte Menschen dürfen auch Parkplätze, insbesondere wenn ärztliche Einrichtungen oder Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf in der Nähe sind, nicht einfach abgeschafft werden.

**Wir fordern, Fußgänger:innen mehr Aufmerksamkeit und Priorität einzuräumen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.** Auf Straßen, Fuß- und Radwegen darf nicht das Recht des Stärkeren gelten. Geh- und Radwege müssen instandgesetzt, zuverlässig geräumt und besser beleuchtet werden. Besonders gefährlich wird es bei Schneefall, wenn nasses Laub auf Wegen oder Brücken liegt und Räumpflichten unklar sind. Hier braucht es mehr regelmäßige Kontrollen durch bezirkliche Wegewarte. Der Online-Wegewart kann an dieser Stelle eine gute Ergänzung sein, ein echter Ersatz ist er aber nicht. Ein großes Problem stellen auch die E-Roller dar – nicht nur im fließenden Verkehr, sondern vor allem als Stolperfallen für sehbehinderte oder blinde Menschen. Hier müssen dringend feste Abstellplätze her.





**Sozialen Wohnungsbau vorantreiben und mehr bezahlbaren Wohnraum bereitstellen**

Hamburg hat mit rund 130.000 Wohnungen in städtischem Besitz (SAGA/GWG) und etwa noch einmal so vielen Wohnungen in genossenschaftlichem Besitz eine gute Ausgangsbasis, um eher preis mindernd auf den Wohnungsmarkt einzuwirken. Das Bündnis für Wohnen hat sich zum Ziel gesetzt, jährlich 10.000 Wohnungen im Driftelmix zu bauen. Und der Senat hat verschiedene Maßnahmen zur Dämpfung der Mietpreisanstiege eingeführt – jedoch ohne, dass sich diese wesentlich auf den Anstieg der Mieten ausgewirkt haben. Gelungen ist es aber, auch durch stetige Interventionen des SoVD, den Blick dafür zu öffnen, dass der soziale Wohnungsbau verstärkt werden muss. Denn der Anteil der Sozialwohnungen sinkt kontinuierlich und gleichzeitig fallen immer mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus. Die Versorgung von einkommensschwachen Haushalten wird so künftig immer schwieriger.

Die höchsten Mieten im norddeutschen Raum hat immer noch Hamburg. Zwar gibt es nahezu 80.000 Sozialwohnungen, dem gegenüber stehen aber deutlich mehr Anspruchsberechtigte. Diese Lücke muss dringend geschlossen werden – vor allem im Hinblick auf den demografischen Wandel. Bezahlbare Wohnprojekte für ältere Menschen müssen daher stärker gefördert werden. Und auch generationenübergreifende Angebote sollten mehr Berücksichtigung finden.

Als integraler Bestandteil einer sozialen Wohnungspolitik und einer guten städtischen Infrastruktur, muss in bisher unterversorgten Gebieten auch in Sachen Nahversorgung (z. B. mit Einkaufszentren, Post, sozialen Einrichtungen, Quartierszentren, ÖPNV und barrierefreien Zubringersystemen) nachgebessert oder das Angebot ganz neu aufgebaut werden,

**Wir fordern den Bau von mindestens 5.000 Sozialwohnungen je Jahr und eine Verlängerung der Bindungsfristen.** In jedem Fall muss die Zahl der neuen Sozialwohnungen so hoch sein, dass die jährlich aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen deutlich überkompensiert werden. Die Planungen müssen unbedingt auch dann fortgeführt werden, wenn die Vorhaben nicht zeitnah realisiert werden können – wie aufgrund der momentanen Gegebenheiten in der Baubranche.

**Wir fordern die Bezirke auf, ihrer kommunalen Verantwortung wieder mehr gerecht zu werden und zum Kerngeschäft des Erlasses von Bebauungsplänen und Baugenehmigungen zurückzukehren.** Seitdem die Bürgerschaft das Baurecht

dereguliert hat, haben Spekulant:innen mehr Einfluss auf das Baugeschehen als die Bezirkspolitik. Bebauungspläne sollten aber nicht vorhabenbezogen maßgeschneidert werden, sondern vielmehr langfristig soziale Belange stadträumlich sichern und der Stadtgestaltung förderlich sein. Solange sich vorhabenbezogene Pläne nicht vermeiden lassen, sind diese unter enger Aufsicht der Kommunalpolitik zu begleiten

**Wir fordern im Zuge des Wohnungsneubaus einen deutlichen Beitrag zur Hilfe für Obdach- und Wohnungslose.** Weiter sind die bewährten Fachstellen für Wohnungsnotfälle in den Bezirken personell so zu verstärken, dass Betroffene kurzfristige Hilfe zur Vermeidung von Wohnungsverlusten erhalten. Neben einer Begleitung und ggf. Intervention bei Zwangsräumungen, gehört dazu immer auch die Bereitstellung von ausreichendem belegbarem Wohnraum.

**Wir fordern bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende.** Junge Menschen benötigen bezahlbaren Wohnraum, wenn sie nach Hamburg kommen. Die erfolgten Fehlsteuerungen im Ausbau teurer „Micro Apartments“ helfen nicht weiter. Die bezirklichen Wohnungsprogramme sind hier zu nutzen.

### **Bildquellen**

S. 1: Rawpixel.com - stock.adobe.com; S. 2: Rawpixel.com, saksit, Jacob Lund, JenkoAtaman - stock.adobe.com; S. 3: oneinchpunch, Blue Planet Studio, Halfpoint, marcus\_hofmann - stock.adobe.com; S. 4: Jonas Walzberg; S. 6: Rawpixel.com - stock.adobe.com; S. 8: saksit - stock.adobe.com; S. 12: Malambo C/peopleimages.com - stock.adobe.com; S. 15: VadimGuzhva - stock.adobe.com; S. 16: Jacob Lund - stock.adobe.com; S. 21: Monkey Business - stock.adobe.com; S. 23: JenkoAtaman - stock.adobe.com; S. 26: LIGHTFIELD STUDIOS - stock.adobe.com; S. 28: oneinchpunch - stock.adobe.com; S. 32: Photographee.eu - stock.adobe.com; S. 34: SoVD Hamburg; S. 38: Blue Planet Studio - stock.adobe.com; S. 41: Halfpoint - stock.adobe.com; S. 43: Alexander Bagno - stock.adobe.com; S. 44: marcus\_hofmann - stock.adobe.com; S. 47: Krakenimages.com - stock.adobe.com

## Damit Sie auch in Zukunft lächeln

Wir schützen Sie vor den Folgen sozialer Härte!

Ob Sozialrechts-Beratung, Interessen-Vertretung  
oder Begegnung vor Ort: Der SoVD sorgt für Ihre  
soziale Sicherheit und mehr Gerechtigkeit.



Immer in Ihrer Nähe

## Beratung und Begegnung

### Altona

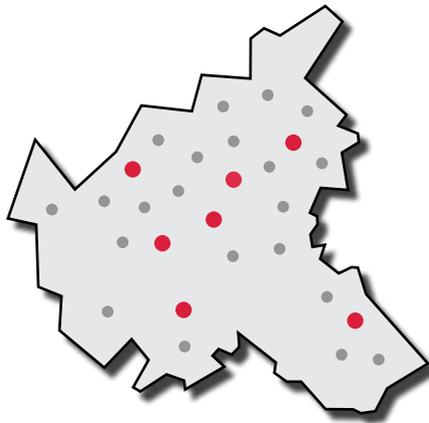
SoVD-Beratungsbüro  
im Mieterverein (HASPA-Haus)  
Neue Große Bergstraße 9  
22767 Hamburg

### Bergedorf

SoVD-Beratungsbüro  
im DGB Gewerkschaftszentrum  
Serrahnstraße 1  
21029 Hamburg

### Harburg

SoVD-Beratungsbüro  
im Mieterverein  
Hölertwiete 2  
21073 Hamburg



### Barmbek

SoVD-Beratungszentrum  
Landesgeschäftsstelle  
Pestalozzistr. 38  
22305 Hamburg

### Eidelstedt

SoVD-Beratungsbüro  
im Kulturhaus Eidelstedt  
Alte Elbgaustr. 12  
22523 Hamburg



Jetzt Mitglied werden:

**sovd-hh.de**

oder anrufen: 040 / 611 60 70

## Impressum

Sozialverband Deutschland e.V.  
Landesverband Hamburg  
Pestalozzistraße 38  
22305 Hamburg  
Tel. 040 611607-0  
Fax 040 611607-50  
info@sovd-hh.de  
www.sovd-hh.de



@sovdhamburg

Als gemeinnütziger, parteipolitisch und konfessionell neutraler Verband finanzieren wir unseren sozialen Auftrag unabhängig von Interessen Dritter – seit über 100 Jahren.